



Rechtspopulismus entgegenwirken

# Ergebnisse der dritten Regionalkonferenz

in Düsseldorf am 14. Februar 2019

Marie Hübner © LSVD

## POLITISCHE



## BILDUNG — AUFGABEN —

KOMPROMISS  
FINDUNG

AUSHAND-  
LUNGSPRO-  
ZESSE

MEHRHEITS  
ENTSCHEIDUNG

DEBATTEN

POLITISCHES  
TABESGESCHÄFT



Arbeiter-Samariter-Bund  
NRW e.V.

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

## IN DIESEM HEFT

Grußwort zur Eröffnung	S. 3
Keynote: Der Kulturkampf des Rechtspopulismus	S. 5
Zivilgesellschaft im Fadenkreuz von rechts – Was können wir rechten Angriffen und Diffamie- rungen entgegensetzen?	S. 7
Politische Bildung in Gefahr – Wie können Bildungsfachkräfte menschenfeindlichen Einstellun- gen entgegenwirken und Demo- kratiebildung verteidigen?	S. 15
Podiumsgespräch mit den Expert*innen der Fachforen	S. 19
Anhang und Informationen	S. 22

## Vorwort: Dokumentation der Regionalkonferenz

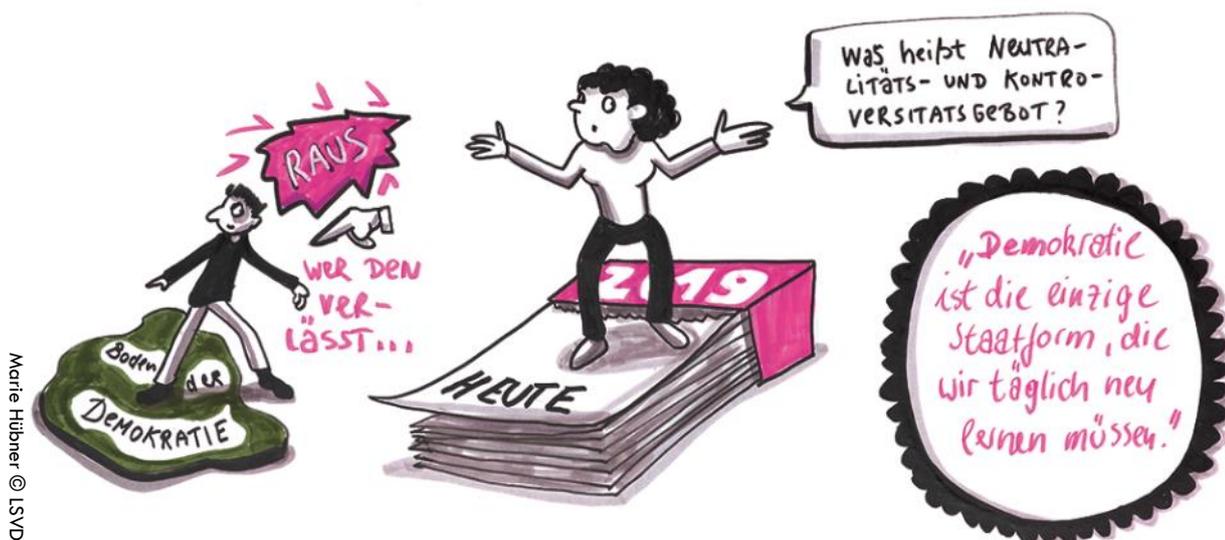
Diese Broschüre dokumentiert die Ergebnisse der dritten Regionalkonferenz „Gegensteuern – Rechtspopulismus und Gleichstellungsgegner\*innen die Stirn bieten“ am 14. Februar 2019 in Düsseldorf. Im Rahmen dieser Konferenz wurden die von Aktivist\*innen und Fachkräften entwickelten Ideen für Strategien aus dem Vernetzungstreffen in Dortmund vom Winter 2018 weiterentwickelt. Gemeinsam mit Wissenschaftler\*innen, Vertretungen aus Stiftungen, aus der Politik und Fachverbänden wurden diese Ansätze diskutiert, um mit Mut und Kreativität den faktenfreien Kampagnen entgegenzuwirken. Gleichzeitig ist dieses Format Impulsgeber, um neue Bündnisse zwischen LSBTI\*<sup>1</sup>-Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen anzustoßen (bspw. mit Gewerkschaften und Unternehmen, Medien, Wissenschaft, Kultur und Sport, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, migrantischen und antirassistischen Initiativen sowie mit Fachkräften aus der Bildungs-, Familien- und Jugendarbeit). Die Regionalkonferenz ist Teil des LSVD-Projekts „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“.

Der Familien- und Sozialverein des LSVD als Projektträger wird gefördert in der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger im Themen- und Strukturfeld „Akzeptanzförderung und Empowerment für lesbische, schwule, bi- und intersexuelle bzw. intergeschlechtliche Menschen und ihre Angehörigen“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Das LSVD-Projekt „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ fördert die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\* und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI\*). Die Stärkung von LSBTI\*, ihren Verbündeten und Fachkräften steht dabei ebenso im Vordergrund wie die Entwicklung nachhaltiger Strategien und der Aufbau zivilgesellschaftlicher Allianzen gegen Homosexuellen- und Trans\*Feindlichkeit, Rassismus und

Antisemitismus sowie gegen jede weitere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Die Regionalkonferenz in Düsseldorf war eine Veranstaltung des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) mit Förderung des Arbeiter-Samariter-Bund NRW e.V., unterstützt von der Rosa Luxemburg Stiftung NRW. Moderiert wurde sie von **Caro Frank**, Projektleitung der Kampagne „anders und gleich“.



<sup>1</sup> Die Abkürzung LSBTI\* steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans\* und intergeschlechtliche Menschen.

# Grußwort zur Eröffnung der Regionalkonferenz

Auszug aus der Begrüßung von **Stefanie Schmidt**, LSVD-Bundesvorstand

Stefanie Schmidt © LSVD



**„Zivilgesellschaftliche Organisationen gründen sich, um Missstände zu beenden, die eine Gesellschaft hervorbringt. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind da zu finden, wo Menschen nicht die gleichen Rechte oder Chancen haben und deswegen Hilfe benötigen.“**

– Stefanie Schmidt

Liebe Teilnehmende,

ich freue mich, dass Sie beziehungsweise Ihr der Einladung zu unserer Regionalkonferenz in Düsseldorf gefolgt seid. Wir danken herzlich dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) NRW, der mit seiner Förderung zum Gelingen der Konferenz beigetragen hat. Die Partnerschaft zwischen LSVD und ASB NRW besteht jetzt schon seit einigen Jahren und wir sind glücklich, euch an unserer Seite zu haben.

Diese Konferenz heute würde nicht stattfinden, wenn es das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ nicht gäbe. Wir erleben, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) großes Interesse daran hat, zusammen mit der Zivilgesellschaft unsere Demokratie besser zu machen, Beteiligung zu ermöglichen und Feinden unserer Demokratie die Stirn zu bieten. Mein Dank gilt sowohl den Verantwortlichen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ als auch dem BMFSFJ. Wir haben die Regionalkonferenzen bewusst unter den Titel „Gegensteuern – Rechtspopulismus und Gleichstellungsgegner\*innen die Stirn bieten“ gestellt. Jemandem die Stirn zu bieten bedeutet: mutig und furchtlos entgegenzutreten, sich zu behaupten, Widerstand zu leisten, sich nicht zu beugen, den Kopf oben zu halten. Die Redensart ist schon etwas älter. Belege für die Verwendung gibt es erstmals

für das 17. Jahrhundert. Das Sprichwort stammt aus einer Zeit, wo das mit der Stirn durchaus noch wörtlich zu nehmen war. Es ging in politischen Auseinandersetzungen oft weitaus körperlicher zu, als es heute in diesem Teil der Welt der Fall ist.

In politischen Debatten und Streitgesprächen geht es heute weniger um das unmittelbare „1 gegen 1“, sondern um die Aushandlung von Meinungen, Haltungen und Vorstellungen. Auseinandersetzungen finden nicht auf Feldern statt, sondern über Organisationen wie Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen, die mit einer Programmatik in den politischen Wettstreit ziehen. Wenn es also nicht mehr körperlich zugeht, wenn alles so abstrakt ist, braucht es für zivilgesellschaftliche Organisationen dann noch eine Stirn? Wir finden: ja. Wir kommen gar nicht drum herum. Ich möchte kurz auf zwei Funktionen eingehen, die zivilgesellschaftliche Organisationen in unserer Gesellschaft haben: 1. Gerechtigkeit herstellen und 2. die Demokratie schützen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen gründen sich, um Missstände zu beenden, die eine Gesellschaft hervorbringt. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind da zu finden, wo Menschen nicht die gleichen Rechte oder Chancen haben und deswegen Hilfe benötigen. Meine Organisation hat sich beispiels-

weise Anfang der 1990er Jahre gegründet, um die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen zu erreichen. Andere Organisationen haben es sich zum Ziel gemacht, die Ursachen und Folgen von Armut oder von Verfolgung anzugehen, um nur einige der vielen Politikfelder zu benennen. Um gesellschaftliche und politische Veränderungen zu erreichen, bedarf es Haltung und oftmals auch in politischen Auseinandersetzungen Nehmerqualitäten.

Zivilgesellschaftlichen Organisationen kommt zudem die besondere Aufgabe zu, die Demokratie insgesamt zu verteidigen. Denn sie sind ihr Frühwarnsystem, die erste Mauer. Nicht ohne Grund werden zivilgesellschaftliche Akteur\*innen und Organisationen aus der rechten Ecke beschossen.

„Die Stirn bieten“, das wird an den beiden Beispielen deutlich, das müssen zivilgesellschaftliche Akteur\*innen quasi programmatisch tun. Üben wir uns heute weiter darin, sie zu stärken. Ich wünsche uns allen einen interessanten Tag und viele gute Gespräche. Und ich hoffe, dass wir am Ende des Tages alle ein Stückchen schlauer und gewappneter sind.

*Stefanie Schmidt*

(Es gilt das gesprochene Wort.)



# Gegensteuern

14. FEBRUAR  
2019

Rechtspopulismus + Gleichstellungs-  
gegner\*innen die Stirn bieten

DR. RICHARD  
GEBHARDT

## KEYNOTE

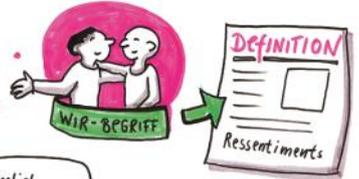
### DER KULTURKAMPF GEGEN RECHTSPOPULISMUS



IM ZENTRUM DER  
POPULISTEN

auch zivil-  
gesellschaften

Was ist  
Populismus?



DEFINITION  
Resentiments

VORURTEILE

Heimliche  
GROLL  
einer  
GESellschaft



HOMOGENE  
Gesellschaft

Populismus  
für ein  
bestimmtes  
VOLK

Das ist:  
"VÖLKISCH  
NATIONA-  
LISTISCH"



RECHTSPOPULISMUS  
als rhetorische Technik



Mediale  
Aufmerksamkeit

WER IST  
RECHTSPOPULIST?



MEDIENLANDSCHAFT UNTERSTÜTZT  
RECHTSPOPULISMUS



AUS WÖRTEN  
WERDEN  
BRAND-  
SÄTZE

ANGST VOR  
ISLAMI-  
SIERUNG  
DEUTSCH-  
LANDS



© graphicstelliging.org

## Keynote: „Der Kulturkampf des Rechtspopulismus“

Richard Gebhardt, Politikwissenschaftler, Publizist und Referent in der Erwachsenenbildung

Richard Gebhardt @ privat



**„Die Thematisierung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stellt kein sogenanntes ‚Minderheitenproblem‘ dar. Die Thematisierung von Vielfalt in Bezug auf Sexualität und Geschlecht bezieht sich vielmehr auf eine grundsätzliche und universelle Frage der Menschenrechte.“**

– Richard Gebhardt

Unser Thema lässt sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln beschreiben: Auffällig am Kulturkampf des Rechtspopulismus erscheint zunächst die kaum verhohlene Forderung nach faktischer Zensur. Diese Forderung findet sich im Grundsatzprogramm der AfD unter „Förderung der Gender-Forschung beenden.“<sup>2</sup> Mit einem so weitreichenden Eingriff in die Forschung und Wissenschaft wäre die Freiheit derselben existentiell bedroht.

Weiterhin auffällig ist eine rhetorische Technik, die vorgibt, für das sogenannte „wahre Volk“ zu sprechen. Damit geht der Rechtspopulismus aktuell noch über die elitenkritische Rhetorik („Wir gegen die“) hinaus. Mit dieser rhetorischen Zuspitzung spricht sich der Rechtspopulismus klar gegen pluralistische Vielfalt aus. So bedient er nicht nur Vorurteile, sondern knüpft an Ressentiments an, hinter denen sich ein heimlicher Groll gegen eine Gesellschaft verbirgt, die sich vielfältiger als gewünscht entwickelt hat. In Zeiten von Wahlkämpfen steigert sich die hier beschriebene Sprechposition in eine apokalyptische Rhetorik mit ethnisch-kulturellen Feindbildern. Zahlreiche Wahlplakate thematisieren in ihren Darstellungen die Frage, was zur sogenannten „deutschen Identität“ ge-

hört. Auffällig ist zudem ein klarer Widerspruch zu Alt-Bundespräsident Christian Wulff, der zur Feier des Tages der deutschen Einheit 2010 feststellte, dass der Islam inzwischen auch zu Deutschland gehört. Dabei inszeniert sich der Rechtspopulismus als Tabubrecher, wenn er behauptet, dass Kritik am Islam in Deutschland nicht erwünscht sei.<sup>2</sup>

Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Denn „Islamkritik“ gehört konstitutiv zur politischen Kultur der Bundesrepublik, wie sich an den Beispielen der Titelthemen im Magazin „Der Spiegel“ und an den millionenfachen Verkäufen etlicher Buchtitel wie „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin im Laufe der letzten Jahre eindrucksvoll ablesen lässt. Der Rechtspopulismus verschiebt die Grenzen des Sagbaren – doch geht damit auch ein allgemeiner Rechtsruck in der Bevölkerung einher? Das würde bedeuten, dass sich der politische Diskurs grundlegend verschieben würde. Ein analytischer Blick kann hierbei für Klarheit sorgen: Ressentiments sind in der Gesellschaft jederzeit vorhanden. Aktuell werden sie unter dem Begriff Rechtspopulismus zusammengefasst. Am Beispiel Österreich kann festgestellt werden, dass sich nicht der politische Diskurs verscho-

ben hat, sondern dass es vielmehr ein bestimmtes Reiz-Reaktions-Schema gibt. Dieses Schema besteht aus dem beinahe tragischen Zusammenspiel zwischen rechtspopulistischen Stichwortgeber\*innen und affektiven Reaktionen der etablierten Parteien. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind demnach gut beraten, sich nicht in dieses Schema hineinziehen zu lassen und zum Reizverstärker zu werden – sie sollten dagegen offensiv ihre eigenen Ziele verfolgen.

Der hier skizzierte Mechanismus wird von dem ehemaligen Berater Jörg Haiders auf den Punkt gebracht: „Während meiner Zeit an Haiders Seite war mir immer bewusst, wie sehr er von seinen Gegnern lebte. Sie taten aus ihrer Sicht immer das Falsche. Sie empörten sich bei jeder Provokation, jedem Tabubruch, dienten damit unseren Interessen und machten in ihren Wahlkämpfen nicht sich, sondern uns zum Thema. Die etablierten Parteien taten das von Anfang an, und sie tun es in der politischen Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten nach wie vor.“<sup>4</sup> Eine wesentliche Grundlage für den derzeitigen Erfolg des Rechtspopulismus beruht auf der Angst vor Kontrollverlust. Menschen sind für rechtspopulistische Thesen leichter ansprechbar,

<sup>2</sup> AfD-Grundsatzprogramm, S. 52, siehe Internet [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf)

<sup>3</sup> „Kritik am Islam muss erlaubt sein“, ebenda, S. 49

<sup>4</sup> Stefan Petzner: Haiders Schatten. An der Seite von Europas erfolgreichstem Rechtspopulisten, Wien 2015, S. 136

wenn sie einen Kontrollverlust wahrnehmen: „Gleichzeitig empfinden sie einen dreifachen Kontrollverlust: In persönlicher Hinsicht – mit Blick auf den technologischen Wandel und Zukunftsängste, in politischer Hinsicht – Politik und Institutionen werden als abgehoben empfunden und enttäuschen das Bedürfnis, gehört zu werden, und in nationalstaatlicher Hinsicht – der Staat kommt seiner Aufgabe nicht ausreichend nach, die eigene Bevölkerung zu schützen, wie z.B. im Fall der Aufnahme von Flüchtlingen.“<sup>5</sup>

Der empfundene Kontrollverlust und der daraus resultierende Protest spiegeln sich nicht nur im Feld der Ökonomie wider. Er kann nicht zuletzt als Kulturkampf der Traditionalist\*innen gegen die Kosmopolit\*innen verstanden werden. Traditionalistische Modernisierungsverlierer\*innen empfinden die Bundesrepublik in diesem Kulturkampf als gespaltenes Land. Sie kämpfen gegen die fortschreitende gesellschaftspolitische Liberalisierung – dies nenne ich „Diversitätsparadox“. Das Paradoxe besteht im gleichzeitigen Streben der Gesellschaft nach Vielfalt und der Vorliebe der Menschen, mit Gleichgesinnten zusammen zu sein. Und je „diverser“ sich die Gesellschaft präsentiert, desto mehr Widerstand regt sich dagegen. So empfinden Traditionalist\*innen die liberaler werdenden Einstellungen der Gesellschaft als einen Kulturschock, der eine klar definierte Identität in Frage stellt. Beispiele für einen fortschreitenden „Mainstream der Minderheiten“ sind der Eurovision Song Contest und der Christopher Street Day. Im Laufe der letzten Jahre drängt das Bild einer liberalen resp. „bunten“ Gesellschaft sowohl in den Medien als auch auf der

Straße ins Rampenlicht. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war der Sieg von Conchita Wurst als Sinnbild von kultureller und geschlechtlicher Vielfalt auf internationaler Bühne. Ihr Auftritt beim *colognepride* (Christopher Street Day Köln), umrahmt von Helden des immer noch als männlich-heterosexuell-konservativ gelesenen Spitzensports Fußball, führte deutlich vor Augen, dass die liberale Vielfalt mitten in der Gesellschaft angekommen ist. Dieses Bild mobilisiert die Traditionalist\*innen, die „ihr Volk, ihre Gesellschaft“ bedroht sehen.

Der Begriff „Identitätspolitik“ ist übrigens unscharf: Die Thematisierung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stellt kein sogenanntes „Minderheitenproblem“ dar. Die Thematisierung von Vielfalt in Bezug auf Sexualität und Geschlecht bezieht sich vielmehr auf eine grundsätzliche und universelle Frage der Menschenrechte. Sie steht im Sinne einer gesellschaftspolitischen Liberalisierung beispielhaft für eine Gesellschaft, die auch in dieser Hinsicht ein „Land der Verschiedenen“ sein will. Der Kulturkampf wird auch deswegen immer intensiver geführt, weil es ums Geld geht. Die Traditionalist\*innen sehen die etablierten Herrschaftsverhältnisse bedroht. Damit sind die gewohnten Machtverhältnisse in Gefahr. Die gesellschaftspolitische Liberalisierung findet also nicht nur auf kulturellem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet statt. Im Sinne der wirtschaftlichen Macht sind hier insbesondere Frauenrechte und Rechte von Menschen mit Einwanderungsgeschichte betroffen. Doch an der Besetzung von Chefposten in Unternehmen und an der Bezahlung von Angestellten kann – trotz aller Veränderungen – nachge-

rechnet werden, dass es aller Liberalisierungstendenzen zum Trotz immer noch eine Dominanz weißer Männlichkeit gibt. Die Ursachen für den Kulturkampf von rechts können deshalb wie folgt analysiert werden: „Die Fiktion eines homogenen Klassensubjekts muss folglich zugunsten einer Analyse der historisch-spezifischen Zusammensetzung sozialer Klasse(n) samt der darin implizierten Hierarchien-, Konkurrenz- und Machtverhältnisse aufgegeben werden. Zugleich muss gefragt werden, ob sich im Erfolg der Neuen Rechten nicht auch eine Reaktion auf die im Übergang zum Postfordismus partiell erfolgten Aufstiege, z.B. von hoch qualifizierten Frauen oder Migrant\*innen ausdrückt, fordern diese doch die jahrhundertalte Gewissheit heraus, dass sich die Dividende weißer Männlichkeit zuverlässig auszahlt.“<sup>6</sup>

Als Hinweise für die Entwicklung von wirksamen Strategien zur Verteidigung der gesellschaftspolitischen Liberalisierung können folgende Anhaltspunkte dienen:

- breite und unerwartete Bündnisse durch intersektionale Zusammenarbeit<sup>7</sup> organisieren (Identitätspolitiken offensiver miteinander verbinden)
- sachliche Zurückweisung von Angriffen auf die Vielfalt (nicht die Empörungsspirale bedienen)
- unverrückbar für eine liberale Gesellschaft einstehen (keine inhaltlichen Zugeständnisse an die Traditionalist\*innen)
- sich die Konsequenzen des Diversitätsparadox vergegenwärtigen (Ängste vor Identitätsverlust)

(Kurzfassung eines Vortrags, den der Referent in freier Rede gehalten hat)

<sup>5</sup> Hans-Böckler-Stiftung: Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern, Düsseldorf 2017, Seite 6

<sup>6</sup> Emma Dowling, Silke van Dyk, Stefanie Graefe: Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“, in: PROKLA. Zeitschrift Für Kritische Sozialwissenschaft, 47(188) 2017, Seite 414, Siehe <http://www.prokla.de/index.php/PROKLA/article/view/69/56>

<sup>7</sup> Intersektionalität bedeutet, soziale Kategorien wie Gender, Ethnizität, Nation oder Klasse nicht isoliert voneinander zu betrachten, sondern in ihren „Überkreuzungen“ (intersections) zu analysieren. Der Fokus liegt auf dem gleichzeitigen Zusammenwirken sozialer Ungleichheiten. Es geht also nicht allein um die Berücksichtigung mehrerer sozialer Kategorien, sondern ebenso um die Analyse ihrer Wechselwirkungen. Nach: Walgenbach, Katharina (2012): Intersektionalität - eine Einführung.

Siehe <http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/ueberblickstexte/walgenbach-einfuehrung>

# Fachforum 1: „Zivilgesellschaft im Fadenkreuz von rechts – Was können wir rechten Angriffen und Diffamierungen entgegensetzen?“

Leitung: **Stefanie Schmidt**, LSVD-Bundesvorstand

Expert\*innen: **Cemalettin Özer** (Vorstandsmitglied des Bundesverbands Netzwerke von Migrant\*innenorganisationen), **Ludwig Weigel** (Referent für jugendpolitische Themen beim Deutschen Bundesjugendring), **Frank Hoyer** (Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim ASB NRW)

Rechtspopulistischen Ideologien entgegenzutreten wird auch für zivilgesellschaftliche Organisationen immer mehr zu einer Herausforderung. Dabei kommt es längst nicht nur darauf an, als Organisation eine eigene Position zu entwickeln, sondern diese auch in praktisches Handeln umzusetzen. Zusammen mit Expert\*innen, Praktiker\*innen und Teilnehmenden haben wir Handlungsmöglichkeiten diskutiert und Strategien für folgende Problemlagen aufgezeigt:

- **Wie können Vereine und Initiativen reagieren, wenn die eigene Arbeit von rechts diskreditiert und angegriffen wird?**
- **Welche Strategien könnten hilfreich sein, um das Miteinander von Organisationen in unterschiedlichen Themenbereichen zu stärken?**

## Fachlicher Einstieg

Zu Beginn des Fachforums stellte die Leitung Stefanie Schmidt (LSVD-Bundesvorstand) noch einmal kurz die bisherigen Projekterkenntnisse dar. Bei den Vernetzungstreffen in Dortmund und Magdeburg hatten Ehrenamtler\*innen und Aktivist\*innen bereits erste Strategieansätze diskutiert und

entwickelt. Die Teilnehmenden dieser Treffen hatten bereits erkannt, dass Angriffe aus der 'rechten Ecke' nicht nur aus fachlicher Sicht als falsch und grob einseitig zu klassifizieren sind, sondern dass diese auch normativ aufgeladen sind und ihnen meist ein völkisch-nationalistisches Menschenbild

zugrunde liegt. Darüber hinaus dienten Diffamierungen dieser Art nicht etwa der sachlichen Auseinandersetzung, sondern es geht viel eher um die Deutungshoheit an sich. In diesem Zusammenhang wurden bereits folgende Maßnahmen entwickelt, um diesen Angriffen entgegenzuwirken:



# Gegensteuern

Rechtspopulismus und Gleichstellungsgegner\*innen die Stirn bieten

## FACHFORUM 1

### ZIVILGESELLSCHAFT IM FADENKREUZ VON RECHTS

#### FALL 1

DEUTSCHER BUNDES-JUGENDRING

- Selbstorganisiert
- Selbstbestimmt
- freiwillig

DEMOKRATISCH ORGANISIERT VON DER JUGEND ZUM VORSTAND

ANGRIFFE VON RECHTS



- dienen Deutungs-hoheit
- Normativ

ANGRIFF



- müssen sich an Normen halten
- ökonomisch vertretbar sein
- REPRODUZIERBAR



PARLAMENTARISCHE ANFRAGEN



WOHER KOMMT DAS GELD?

IST LINKS-RADIKAL ORGANISIERT

#### FALL 2

MIGRANTEN-ORGANISATION



MASSIVER ANGRIFF DER RECHTEN SZENE



#### FALL 3

ARBEITER SAMARITER BUND

POSITION: 20 SÄTZE Die klarstellen!

PLUS DIENST-LEISTUNG

VERBANDS STRUKTUR

MASSIV AUF-DRING-LICHT

MASSE

DREIST

UN-GENIERT

AFD Gebe ich keinen 1. Hilfe-Kurs

SHITSTORM

## Bereits diskutierte Einzelmaßnahmen

- + sachliche Entkräftung der Vorwürfe
- + solange wie möglich: Vorwürfe konkretisieren lassen / Rechtspopulist\*innen zur Diskussion stellen
- + Gegenpositionen verbreiten und sichtbar machen
- + Support: Vernetzung von Betroffenen untereinander und miteinander
- + Forderungen formulieren, die auch für andere Organisationen anschlussfähig sind
- + Politik auffordern, Lösungen zu suchen
- + gegen Angriffe aus dem rechten Lager auf die Straße gehen

Stefanie Schmidt merkte bei ihrem Rückblick an, dass es sinnvoll sei, diese Ergebnisse noch weiter zu systematisieren und in passgenaue praktische Strategien zu überführen. Gleichwohl sollte jedoch auch der jeweilige Situationsrahmen berücksichtigt und zwischen Strategie und Einzelmaßnahme unterschieden werden. Als Bestandteile einer ‚guten Strategie‘ charakterisierte sie die folgenden Aspekte:

## Bestandteile einer ‚guten Strategie‘

- Bündel von aufeinander abgestimmten Einzelmaßnahmen
- jede Einzelmaßnahme muss legitim sein, d.h. keine darf gegen Normen und Gebräuche der Organisation oder des „Feldes“ verstoßen
- eine gute Strategie muss im normalen Geschäftsbetrieb umsetzbar und möglichst reproduzierbar sein
- eine gute Strategie muss ökonomisch vertretbar sein



## Fazit

- + Der Handlungsrahmen sollte immer berücksichtigt werden.
- + Strategien sollten vor allem reproduzierbar sein.

## Vorstellung der Praxisbeispiele

### Beispiel 1: Arbeiter-Samariter-Bund NRW, vertreten durch Frank Hoyer, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Arbeiter-Samariter-Bunds NRW e.V.



#### Kurzvorstellung der Organisation

Der Arbeiter-Samariter-Bund ist eine der großen bundesweit tätigen Hilfsorganisationen. Er wurde 1888 gegründet und ist einer der ältesten Selbsthilfeorganisationen in Deutschland. Nach der Zerschlagung des ASB durch das Unrechtsregime im Nationalsozialismus wurde die Organisation nach dem zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut und ist heute in allen Bundesländern vertreten. In Nordrhein-Westfalen zählt der ASB 180.000 Mitglieder. Von den 6.000 Mitarbeitenden sind zwei Dritteln hauptamtlich

und einem Drittel ehrenamtlich aktiv. Rechtlich sind die einzelnen Landes- und Regionalverbände oftmals eigenständige Organisationen, die durch ihre jeweilige Satzung verbunden sind. Tätigkeitsfelder des ASB in NRW sind unter anderem:

- ambulante und stationäre Pflege
- Katastrophenschutz, Rettungs- und Sanitätsdienste
- Erste-Hilfe-Kurse
- Fahrdienste
- Wünschewagen (letzte Wünsche)
- Flüchtlingshilfe/Integration

#### Position des ASB zum Rechtspopulismus

Die Bundeskonferenz des ASB, das höchste Gremium des Verbandes, hat am 20. Oktober 2018 einstimmig eine Resolution verabschiedet, in welcher sich der Arbeiter-Samariter-Bund von

rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen deutlich distanziert:

*„Der Arbeiter-Samariter-Bund stellt sich entschieden gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit innerhalb und außerhalb seiner Organisation. Hass und Hetze führen zu Gewalt und Verrohung. Der Verband steht für einen wertschätzenden und ausgleichenden zwischenmenschlichen Umgang, der Konflikte in einem solidarischen Miteinander löst. Der ASB sieht sich an der Seite von Bürgerinnen und Bürgern, die Demokratie, Grundgesetz und eine offene Gesellschaft leben und verteidigen. Personen, die sich rechtspopulistisch bzw. rechtsextrem in Worten und/oder Taten äußern, und/oder mit Rechtspopulist/innen bzw. Rechtsextremen sympathisieren, haben keinen Platz im ASB und in der ASJ.“<sup>8</sup>*

#### Kurzvorstellung des Falls

Der ASB wurde von der Bundestagsfraktion der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) für einen Kurs in Erste-Hilfe angefragt.

Ein Regionalverband in Berlin lehnte diese Anfrage mit Verweis auf die Verbandsposition ab.

Im Zusammenhang mit dieser Ablehnung wurde der Verband besonders in den sozialen Medien massiv diffamiert.



Marie Hübner © LSVD

<sup>8</sup> zitiert nach: ASB-Resolution gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, online verfügbar unter <https://www.asbnrw.de/asb-resolution-gegen-rechtspopulismus-und-rechtsextremismus>

## Bearbeitung des Falls in der Gruppe

### Leitfrage: Wie hätten IHR in diesem Fall reagiert?

- Argumentationsbausteine vorbereiten
  - klarstellen, dass in Notfällen selbstverständlich immer geholfen wird
- fallbezogene Pressearbeit
- Pressemeldung vom ASB-Bundesverband, um die eigene Haltung zu kommunizieren:
  - Reaktion ist keine „Berliner Besonderheit“, sondern die Position des Gesamtverbandes
  - deutlich kommunizieren, wo, bezogen auf die Haltung, die Grenzen der Organisation liegen
- Verbreitung der ASB-Position in den sozialen Medien
- im Arbeitsumfeld Bündnispartner\*innen suchen zur gegenseitigen Unterstützung und Solidarität, dabei Erfahrungen anderer Vereine und Verbände nutzen
- eigene Themen setzen, um eigene positive Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen wie beispielsweise:
  - andere Kampagnen in den Mittelpunkt stellen (zum Beispiel Wünsche -wagen)
  - Agenda-Surfing nutzen
- bereits bei der Verabschiedung der Resolution auf Krisenfälle vorbereiten:
  - Handlungsanweisungen und FAQs vorbereiten

Marie Hübner © LSVD



### Tatsächliche Reaktion der Organisation

- deutliche Positionierung des Bundesverbandes:
  - Im Wesentlichen haben sich die Reaktionen beim Bundesverband abgespielt.
  - Der Bundesverband war wesentlicher Akteur.
  - keine „Berliner Besonderheit“
- klare Haltung kommunizieren:
  - „Wir suchen uns unsere Geschäftspartner\*innen aus, jede\*r kann als Einzelperson einen Erste-Hilfe-Kurs bei uns machen.“
- „Wir helfen selbstverständlich jedem Menschen in einer Notsituation.“
- transparente Kommunikation innerhalb der Organisation mit klarer Argumentationslinie
- bewusst kein „Agenda-Surfing“
  - Gefahr: durch ein anderes Thema hätte man möglicherweise dazu beigetragen, dass die Diskussion sich auf weitere ASB-Sachthemen überträgt oder dass die Debatte sich verschärft.
- Information an die Mitglieder:
  - Was ist passiert?
  - Welche Reaktion gab es?
  - Wie ist die Haltung des Verbandes?
  - Support-Hotline für die lokalen Verbände

## Beispiel 2: Deutscher Bundesjugendring, vertreten durch Ludwig Weigel, Referent für Grundlagenarbeit und jugendpolitische Themen



### Kurzvorstellung der Organisation

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) versteht sich als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Landesjugendringe in Deutschland. Neben der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen gegenüber der Politik arbeitet die Organisation zu Themen der Kinder- und Jugendpolitik und setzt sich dafür ein, dass diese ressortübergreifend gedacht werden.

Der DBJR besteht aus insgesamt 28 Mitgliedsorganisationen, 16 Landesju-

gendringen und weiteren angeschlossenen Mitgliedern. Der DBJR steht mit seinen Mitgliedern für die Ziele der Jugendverbandsarbeit: selbstorganisiert, selbstbestimmt, freiwillig.

### Position zum Rechtspopulismus

Der Kontakt zu Rechtspopulist\*innen besteht an der Basis der Arbeit, d.h. in der konkreten Jugendverbandsarbeit sowie auf Ebene der Länder und Landesjugendringe. Es gibt eine Vielzahl von Beschlüssen in den Mitgliedsorganisationen des DBJR, sich nicht mit Rechtspopulist\*innen auf Podien zu setzen oder keine Rechtspopulist\*innen zu den eigenen Veranstaltungen einzuladen, wenngleich Abweichungen in den Beschlusslagen bestehen.

Folgende Themenbereiche werden immer wieder von rechter Seite aufgegriffen:

- Kritik an der Verwendung von Fördermitteln
- Vorwurf des Linksextremismus
- Pseudokritische Fragen zum politischen Neutralitätsgebot: Wie neutral ist die Bildungsarbeit, wenn Projekte staatlich gefördert werden?

Es gibt auch Projekte, die sich mit dem Problemfeld des Linksextremismus beschäftigen.

### Kurzvorstellung des Falls

Ein Mitgliedsverband hatte ein Trainingsangebot zum Themenfeld „Demonstrationen und Kundgebungen“ angeboten.

Darauf folgten parlamentarische Anfragen zur Mittelverwendung und der Vorwurf der Förderung des „Linksextremismus“ wurde geäußert.

Auch die CDU griff diese Vorwürfe auf.



Marie Hübner © LSVD

### Gruppenarbeit anhand des Fallbeispiels

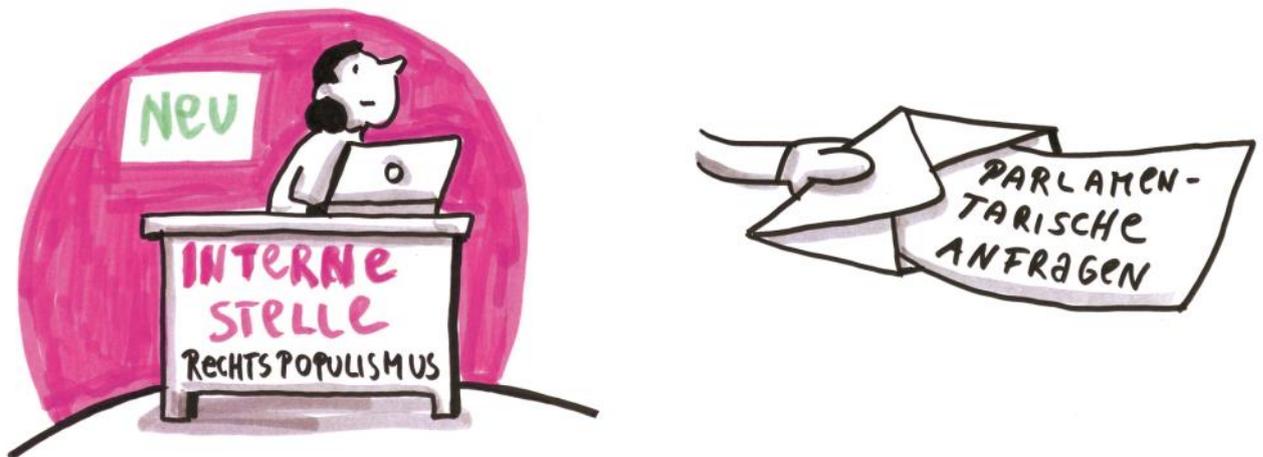
**Leitfrage: Wie hättet IHR in diesem Fall reagiert?**

- klare Positionierung gegen die Vorwürfe, um die eigene Haltung zu kommunizieren und den Sachstand transparent darzustellen
- engen Austausch mit der Verwaltung suchen (Verwaltung bearbeitet parlamentarische Anfragen)
- Verbände müssen sich auf diese Anfragen vorbereiten:
  - Was ist das Ziel?
  - Wie werden sie bearbeitet?
  - Was muss und sollte transparent in die Beantwortung fließen?
- Austausch mit anderen Akteur\*innen, die bereits in einer ähnlichen Situation waren
- enge Zusammenarbeit mit Dachverbänden und Partner\*innen suchen

**Tatsächliche Reaktion der Organisation**

- Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenhalt der Mitgliedsorganisationen müssen stärker als Gegenreaktion genutzt werden: der Angriff auf eine Organisation ist ein Angriff auf die gesamte Zivilgesellschaft
- Haltung und Botschaften müssen sich auch an kritische Akteur\*innen richten, die solche Anfragen für die eigene Positionierung aufgreifen
- Schaffung einer internen Datenbank zum Umgang und Verhalten bei Anfragen und anderen parlamentarischen Angriffen erzeugt Vergleichbarkeit
- Verwaltung sensibilisieren und mitnehmen, Ziel: Anfragen in engem Austausch mit der Verwaltung beantworten

Marie Hübner @LSVD



Ludwig Weigel @Scholl\_dbr



„Die Regionalkonferenz hat sehr gut gezeigt, wie zivilgesellschaftliche Gruppen mit Rechtspopulismus auf unterschiedliche Art und Weise zu kämpfen haben. Ob direkt auf der Straße, im parlamentarischen Prozess oder über soziale Medien: die Angriffsflächen sind vielseitig, ebenso die Maßnahmen dagegen. Der Austausch auf der Konferenz und darüber hinaus ist wichtig, um als Zivilgesellschaft geschlossen gegenzusteuern.“

– Ludwig Weigel, Referent für jugendpolitische Themen beim Deutschen Bundesjugendring

### Beispiel 3: Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen, vertreten durch Vorstandsmitglied Cemalettin Özer



#### Kurzvorstellung der Organisation

Im Bundesverband haben sich bis heute mehr als 530 Migrantenorganisationen in 14 Städten zu herkunfts- und kulturübergreifenden sowie säkularen Ver-

bänden zusammengeschlossen. Der Bundesverband bietet seinen Mitgliedern eine Plattform des Austausches und der bundesweiten Vernetzung sowie der Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen. Er vertritt die Interessen der lokalen Netzwerke von Migrantenorganisationen auf Bundesebene und setzt sich für mehr Mitsprache und Teilhabe migrantischer Perspektiven ein.

Hauptamtliche Strukturen existieren in Dortmund und Berlin, der Vorstand ist ansonsten ehrenamtlich strukturiert.

Zu den Themenschwerpunkten des Bundesverbands Netzwerke zählen Migration, Integration, Antirassismusbearbeitung sowie die Professionalisierung seiner Mitglieder.

#### Kurzvorstellung des Falls

Im Jahr 2015 war das „Haus der Vielfalt“ in Dortmund durch Diffamierungen und konkrete Angriffe von rechts betroffen. Seitdem die Stadt Dortmund das Haus mitfinanziert, gab es immer wieder diese Angriffe und Beschädigungen. Neben dem Vorwurf der „falschen Mittelverwendung“ gab es Versuche, Personen vor Ort zu kriminalisieren und zu verleumden (Vorwurf der Veruntreuung von Fördermitteln).



Marie Hübner © LSVD

Rechte Gruppen waren immer wieder im direkten Umfeld des Hauses präsent,

photografierten Personen und bauten so einen ständigen Druck auf.

#### Bearbeitung des Falls in der Gruppe, Leitfrage: Wie hätten IHR in diesem Fall reagiert?

- Verbündete suchen
- Politiker\*innen und Unterstützer\*innen auf die Situation aufmerksam machen
- transparente Arbeitsweise:
  - Berichte über die konkrete Projektarbeit
  - Selbstverständnis „Wir haben nichts zu verbergen“
- standardisierte Abläufe:
  - Reaktion bei Hassrede und Angriffen

#### Tatsächliche Reaktion der Organisation

- transparente Öffentlichkeitsarbeit
- Sensibilisierung von Politik und Verwaltung vor Ort
- sachliche Richtigstellung



Marie Hübner © LSVD

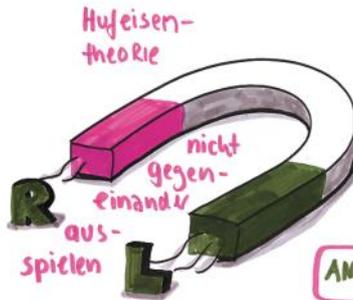


# GEGENSTEUERN

Rechtspopulismus und Gleichstellungs-  
gegner\*innen die Stirn bieten

## POLITISCHE BILDUNG IN GEFAHR

## FACHFORUM 2



BESSER BENENNEN

RASSISMUS  
ANTSEMITISMUS

HOHOSKUALITÄT

In was für einer Welt will ich leben?



KOMPROMISS  
FINDUNG  
AUSHAND-  
LUNGSPRO-  
ZESSE



Mehrheits  
Entscheidung

Debatten

politisches  
Tagesgeschäft

NICHT FRAGEN:  
Was können wir gegen  
Rechtspopulismus tun?

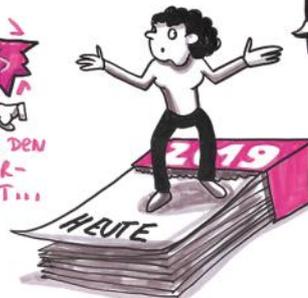
"Aufgabe der  
polit. Bildung  
ist es, täglich für  
Demokratie zu  
begeistern."



unab-  
hängig  
des Eltern  
Häuses



© graphic telling o.g.s



Was heißt NEUTRA-  
LITÄTS- UND KONTRÖ-  
VERSITÄTS GEBOT?

"Demokratie  
ist die einzige  
Staatsform, die  
wir täglich neu  
lernen müssen!"

## Fachforum 2: „Politische Bildung in Gefahr – Wie können Bildungsfachkräfte menschenfeindlichen Einstellungen entgegenwirken und Demokratiebildung verteidigen?“

Leitung: **Vincent Beringhoff** (Medienpädagoge Haus Neuland e.V. im Projekt JuMP up!)

Expert\*innen: **Jannis Stenzel** (Referent in der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen), **Marco Düsterwald** (Referent für Politische Bildung im Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen e.V.), **Tim Noetzel** (Jugendbildungsreferent beim BDKJ Düsseldorf im Projekt Jugendverbände stärken)

Rechtspopulismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit sind gegenwärtig die größten Herausforderungen für die schulische und außerschulische politische Bildung in Deutschland. Mit besorgniserregenden Agitationen machen Rechtspopulist\*innen und Gleichstellungsgegner\*innen Stimmung gegen Fachkräfte der politischen Bildung in Schulen, der Erwachsenenbildung und auch in der Jugendarbeit. Sie versuchen dabei den „Beutelsbacher Konsens“ zu instrumentalisieren. Rechte und religiöse Fundamentalist\*innen zielen darauf ab, menschenfeindliche Thesen in der politischen Bildung unterzubringen und salonfähig zu machen. Im Fachforum wurde diskutiert, welche Strategien und Ansätze guter Praxis es gibt, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken: **Kann und muss sich die Politische Bildung hier stärker positionieren?**

### Rassismus nur im Links-Rechts-Schema zu interpretieren ist Teil des Problems

**Jannis Stenzel** referierte über die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung NRW, die parteipolitisch neutral ist, aber zugleich Teil des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen. Stenzel machte deutlich, dass die Thematisierung beispielsweise von Rassismus lediglich im Links-Rechts-Schema („Hufeisentheorie“<sup>9</sup>) zur Einteilung politischer Standpunkte bereits ein Teil des Prob-

lems ist. Besser sei hingegen die konkrete Benennung und Thematisierung von Rassismus, Antisemitismus, Homosexuellen-/Trans\*Feindlichkeit und weiterer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Nur so ist es anschließend möglich, zielgenaue Lösungen für die Prävention und Bekämpfung von Menschenfeindlichkeit zu entwickeln. Weiter riet Stenzel auch dazu, Betroffene von Dis-

kriminierung und Angriffen stärker in den Fokus zu nehmen. Betroffene und Expert\*innen zu diesem Thema können viel zur Aufklärung über Mechanismen von Gewalt beitragen. Den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen riet Stenzel, sich klar von den Verursacher\*innen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu distanzieren und verstärkt dagegen zusammen zu arbeiten.

### Vielfalt auch im Alltag praktizieren, nicht nur in der Theorie

**Tim Noetzel** berichtete darüber, wie beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Düsseldorf Jugendliche gestärkt werden. Diese Stärkung beruht auf den allgemeinen Rechten von Kindern und Jugendlichen und bezieht sich in der Jugendverbandsarbeit insbesondere auf die ehrenamtliche

Arbeit. Damit steht der BDKJ exemplarisch für die Arbeit der Jugendverbände, die die Basis für gute Demokratiebildung legen. Hierbei wird eine diversitätsbewusste, antirassistische und menschenrechtsorientierte Bildung gefestigt. Die Struktur des BDKJ ist nach den Erfahrungen im Nationalsozialis-

mus sehr stark auf eine demokratische Organisation, auf Teilhabe mit Aus handlungsprozessen und auf das christliche Wertesystem ausgerichtet. Mehr und mehr Bedeutung kommt hierbei der Weitergabe von soft skills (soziale und kommunikative Kompetenzen) zu. Kritisch hinterfragt wird inner-

<sup>9</sup> Siehe <https://www.bedeutungonline.de/hufeisentheorie-hufeisenschema-was-ist-das-politisches-spektrum-bedeutung>

halb des BDKJ, ob der Verband tatsächlich Vielfalt im Alltag lebt oder ob er nicht eher ein Verband ist, der meist eine bestimmte Zielgruppe anspricht und erreicht, die sehr engagiert und

gut informiert ist. Ebenfalls setzt er sich immer wieder kritisch mit seiner Nähe zur Amtskirche auseinander. Schließlich hinterfragte Noetzel im Hinblick auf den Verband selbstkritisch, ob und in-

wiefern innerhalb der Jugendverbandsarbeit ausgrenzende Mechanismen oder diskriminierende Tendenzen zum Vorschein kommen.

## „In welcher Welt wollen wir leben?“

**Marco Düsterwald** vom Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen stellte zwei zentrale Aussagen für das Verständnis von politischer Bildung vor: „Demokratie ist die einzige Staatsform, die wir täglich neu lernen müssen“<sup>10</sup> und „Die Aufgabe der politischen Bildung ist es, täglich für die Demokratie zu begeistern.“<sup>11</sup> Vor diesem Hintergrund betonte Düsterwald, dass die alltäglichen und unbewussten Vorurteile und Ressentiments die größten Herausforderungen des

Verbands darstellen. Zur Klarstellung der aktuellen Diskussion um den Beutelsbacher Konsens<sup>12</sup> erklärte Düsterwald, dass politische Bildung in Deutschland keineswegs neutral sein muss. Politische Bildung hat vielmehr die demokratischen Grundwerte und Menschenrechte zu verteidigen. Der Dreiklang aus Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Teilnehmenden-Orientierung wird fälschlicherweise als sogenanntes Neutralitätsgebot missinterpretiert. Der einzige As-

pekt von Neutralität in der politischen Bildung ist eine parteipolitische Neutralität. Dementsprechend wird in Diskussionen über Grundwerte immer wieder die Nachfrage zur Faktenlage angemahnt. Zum Abschluss seines Statements ging Marco Düsterwald auf die Zielrichtung der politischen Bildung ein. Hierbei sollte nach seiner Ansicht die Frage *nicht* lauten: „Was können wir gegen die anderen tun?“, sondern vielmehr: „In welcher Welt wollen wir leben?“

In Kleingruppen arbeiteten die Teilnehmenden anschließend daran, die Ideen aus dem Vernetzungstreffen in Dortmund weiterzuentwickeln. Sie gingen dabei der Fragestellung nach, welche Maßnahmen im Rahmen welcher Strategien wirksam sind, um menschenfeindlichen Einstellungen in der politischen Bildung entgegenzuwirken.

## Strategie

**Gesellschaftliche Vielfalt in Schulen und in anderen Einrichtungen der politischen Bildung erlebbar machen**

## Maßnahmen

- Sichtbarkeit von Vielfalt beim beschäftigten Personal, beim eingesetzten Material, bei der genutzten Sprache
- diversitätssensible Schulmaterialien entwickeln und verwenden
- Aufnahme von Merkmalen der Vielfalt in Leitbild oder Satzung
- Vielfalt von Identitäten und Lebensentwürfen als Querschnittsaufgabe verankern (auf Kontinuität nicht auf Konjunktur setzen)
- durch Methodenvielfalt können Kindern und Jugendlichen vielfältige Lebenserfahrungen und Sichtweisen vermittelt werden
- Anleitung zur Selbstreflexion, um Nachhaltigkeit anzuregen

## Strategie

**Meinungsbildung im Sinne der Menschenrechte beeinflussen**

## Maßnahmen

- verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der NGOs zur Verbreitung von Gegenmeinungen und Gegendarstellungen
- Erfahrungsexpert\*innen bei Veröffentlichungen und Veranstaltungen mehr Raum geben

<sup>10</sup> Frei nach Oskar Negt, siehe <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193944/portraet-oskar-negt>

<sup>11</sup> Frei nach dem ersten Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Rudolf Amelunxen, 1946. Siehe dazu

<https://www.land.nrw/de/termin/fuer-die-demokratie-begeistern-nrw-feiert-70-jahre-landeszentrale-fuer-politische-bildung>

<sup>12</sup> Siehe <https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>

## Strategie

**Auf einen sicheren und respektvollen Rahmen in der politischen Bildung achten**

## Maßnahmen

- „Fehlerfreundlichkeit“: alle Meinungen und Begriffe dürfen zunächst geäußert werden, um anschließend kritisch zu hinterfragt und ggf. korrigiert zu werden
- Gesprächsregeln aufstellen
- in jedem Kurs zu Beginn an das Wertesystem des Grundgesetzes erinnern

## Strategie

**Politische Bildung verstärkt intersektional denken**

## Maßnahmen

- Ausbildung von Expert\*innen in intersektionaler Pädagogik
- wissenschaftliche Grundlagen für eine flächendeckende Pädagogik der Vielfalt schaffen

## Strategie

**Professionalität in der politischen Bildung steigern**

## Maßnahmen

- Lehrkräfte und pädagogisches Personal durch Fortbildungen fit machen
- sowohl das Fachwissen bezüglich sozialer Sachfragen als auch die personalen Kompetenzen im Umgang mit Affekten kontinuierlich erhöhen

## Strategie

**Auseinandersetzungen im virtuellen Raum gut vorbereitet führen**

## Maßnahmen

- Medienkompetenzbildung: Umgang mit sozialen Medien trainieren, mögliche Inhalte dieser Bildung:
  - Identifizierung von rechten Symbolen und als bürgerlich „getarnter“ Ideologie
  - Bewusstmachung und Umgang mit Filterblasen

## Strategie

**Mutig in die Diskussion mit Rechtspopulist\*innen gehen**

## Maßnahmen

- Argumentationstrainings für Schüler\*innen und pädagogisches Personal durchführen, mögliche Inhalte dieser Trainings:
  - Argumentationsfehler und menschenfeindliche Aussagen in der Diskussion entlarven
  - positive Ansätze durch eigenes Narrativ in der Diskussion verfolgen
  - Grenzen der Diskussion deutlich machen unter Berufung auf Grundgesetz, Leitbild, Gesprächsregeln
  - keine moralische Selbstgerechtigkeit oder Schuldzuweisungen
  - rechtspopulistische Diffamierungen und Rhetoriken nicht wiederholen, sondern mit Humor dekonstruieren
  - Person und deren Haltung trennen
  - nachfragen, um Fakten zu überprüfen und Erfahrungswissen belegen zu lassen

## Podiumsgespräch mit Expert\*innen aus den Fachforen

Moderation: **Lynn Berg** (Wissenschaftliche Referent\*in am Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung)

Expert\*innen: **Stefanie Schmidt** (LSVD-Bundesvorstand), **Cemalettin Özer** (Vorstandsmitglied des Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen), **Ludwig Weigel** (Referent für jugendpolitische Themen beim Deutschen Bundesjugendring), **Marco Düsterwald** (Referent für Politische Bildung im Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen e.V.)

Auf die Frage nach dem wichtigsten Ergebnis dieser Regionalkonferenz äußerten:

- **Cemalettin Özer, Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen:**  
„Es kommt darauf an, das Praxis-Wissen im Umgang mit rechten Anfeindungen unter den Akteur\*innen (durch mit-teilen) zu verdoppeln, damit in Zukunft die Zivilgesellschaft sich besser gegen Anfeindungen wehren kann.“
- **Marco Düsterwald, Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen:**  
„Der Austausch von Ergebnissen zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte ein kontinuierlicher Prozess sein, um diese flächendeckend zu verbreiten.“
- **Stefanie Schmidt, LSVD:**  
„Die Regionalkonferenzen bringen viele wichtige Impulse für die LSBTI\*-Community hervor und stärken damit die Engagierten in ihrer zumeist ehrenamtlichen Arbeit.“
- **Ludwig Weigel, Deutscher Bundesjugendring:**  
„Der Ansatz, breit aufgestellte Bündnisse zu schließen, ist im Moment noch ein Alleinstellungsmerkmal dieser Veranstaltungsreihe und es lohnt sich, diesen auch in anderen Verbänden zu verfolgen.“

Marie Hübner @LSVD



Die Expert\*innen verwiesen außerdem auf die zentralen Ergebnisse der Fachforen. Die Berichte der Organisationen haben hierbei mehrere Erkenntnisse hervorgebracht:

Bei Angriffen von rechts ist es ratsam, auf das Erfahrungswissen anderer Organisationen zurückzugreifen. Alle Reaktionen müssen in den regulären Betriebsablauf passen und dürfen diesen nicht lahmlegen. Dabei müssen die er-

griffenen Strategien und Maßnahmen reproduzierbar sein.

Ein möglichst pragmatisches Herangehen ist erfolgversprechend. Kreatives Brainstorming bringt neue Lösungsansätze. Die jeweiligen Handreichungen und Handlungsempfehlungen sind von der Situation und von der Organisation abhängig. Insgesamt kommt es weniger darauf an, die Demokratie reaktiv zu verteidigen als vielmehr, für die

Demokratie aktiv zu begeistern. In diesem Sinne ist es sinnvoll, ein eigenes Narrativ zu setzen. Wichtig ist für die politische Bildung, dass es kein generelles Neutralitätsgebot gibt. Der Beutelsbacher Konsens enthält vielmehr ein Überwältigungsverbot, ein Kontroversitätsgebot und den Aufruf zur Teilhabe. Dieser Konsens in der politischen Bildung ist im Laufe der letzten Jahre stabiler geworden.

# GeGEnSTeuERN

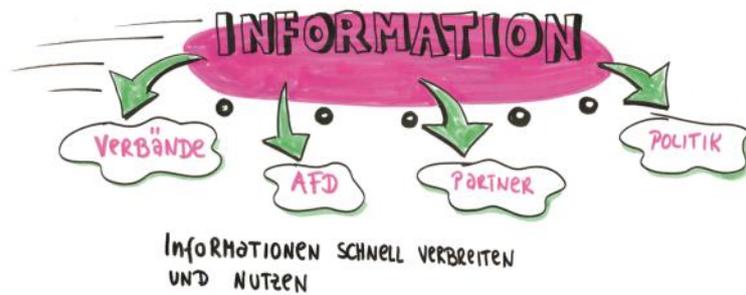
Rechtspopulismus + Gleichstellungs-  
gegner\*innen die Stirn bieten



PODIUMSDISKUSSION



Wie Gehen WIR MIT AFDlern UM, DIE IN DEN VERBAND WOLLEN?



©graphictelling.org

### Diskussion

In der abschließenden Diskussion mit den Teilnehmenden wurde deutlich, dass eine kontinuierliche Reflexion der eigenen Arbeit notwendig ist. Im Rahmen dieser Reflexion ist es durchaus üblich, dass Menschen ein Denken in gewissen „Schubladen“ vornehmen, also die Komplexität der Realitäten in bestimmte Muster einordnen. Dieses Vorgehen wird häufig gewählt, um mit den vielschichtigen Anforderungen zu recht zu kommen. Allerdings ist bei der Reduktion von Komplexität darauf zu achten, dass man nicht ungewollt Menschen generell bestimmte Eigenschaf-

ten zuschreibt. Die Gefahr, die in diesem Zusammenhang droht, sind Alltagsrassismen. Sich dieser Gefahr bewusst zu sein und sie durch Aufklärung und Sensibilisierung in Schach zu halten ist eine durchgängige Aufgabe der Akteur\*innen in zivilgesellschaftlichen Organisationen.

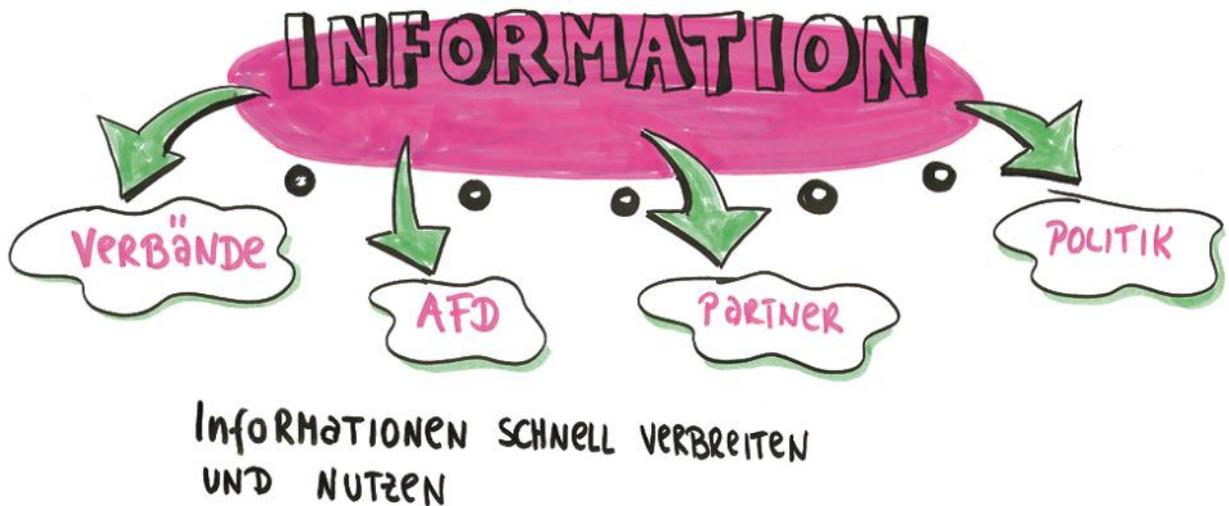
Eine Lehre aus den Erfahrungen wurde zum Abschluss besonders deutlich: Die bewusste Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. In diesem Sinne sollte man alle Menschen, die für rechtspopulistische

Standpunkte empfänglich sind, zum Umdenken einladen und auffordern. Rechtspopulistischen Agitator\*innen sollten keine öffentlichen Räume zur Verfügung gestellt werden, um ihre menschenfeindlichen Positionen zu verbreiten, da sie das sofort für Hassbotschaften ausnutzen würden.

Eine Besetzung öffentlicher Räume zur Mobilisierung für die Menschenrechte ist angesagt!

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Marie Hübner @LSVD



Matthias Weber @Privat-Moritz Leick



„Der LSVD bietet mit der Regionalkonferenz eine wichtige Plattform an, auf der die Zivilgesellschaft sich mit den Symptomen und Folgen des Rechtspopulismus auseinandersetzen und Lösungsstrategien entwickeln kann. Eine gelungene Konferenz – mit einer sinnvollen Mischung aus Information und Erarbeitung von Lösungsansätzen!“

– Matthias Weber, Vorstandsvorsitzender Völklinger Kreis

# Dokumentationen aller bisherigen Veranstaltungen



Ergebnisse des ersten Vernetzungstreffens in Dortmund, 20.10.2017

[» Download](#)



Ergebnisse des vierten Vernetzungstreffens in Magdeburg, 03.03.2018

[» Download](#)



Ergebnisse des zweiten Vernetzungstreffens in Mannheim, 09.12.2017

[» Download](#)



Akzeptanz für LSBTI\* weiter gestalten – Ergebnisse des zweiten Regenbogen-Parlaments in Köln, 22.09.2018

[» Download](#)



Ergebnisse des dritten Vernetzungstreffens in Dortmund, 20.01.2018

[» Download](#)



Ergebnisse der ersten Regionalkonferenz in Leipzig, 10.10.2018

[» Download](#)



Akzeptanz für LSBTI\* – Ergebnisse des ersten Regenbogen-Parlaments in Berlin, 17.02.2018

[» Download](#)



Ergebnisse der zweiten Regionalkonferenz in München, 08.11.2018

[» Download](#)

## Ausblick

Bei insgesamt vier Regionalkonferenzen werden die Ideen und Impulse der Teilnehmenden der Vernetzungstreffen gemeinsam mit Expert\*innen und Multiplikator\*innen analysiert und weiterentwickelt. Alle Ergebnisse fließen in die weitere Projektplanung ein.

Zur Förderung der Debattenkultur und des fachlichen Austauschs werden auch bundesweite Regenbogenparlamente veranstaltet. Im Rahmen dieser bundesweit einmaligen Foren soll dem intensiven fachlichen Austausch zum Thema „Regenbogenkompetenz“ in den unterschiedlichsten Gesellschafts- und Politikbereichen Raum gegeben werden.

Martin Scharpenberg © Privat



„Meine Erwartungen nach einer in erster Linie auf LSBTI\*-Themen zentrierten Veranstaltung wurden aufs Angenehmste enttäuscht. Vernetzung, Entwicklung nachhaltiger Strategien und Aufbau zivilgesellschaftlicher Allianzen wurden für mich hingegen sehr konkret erlebbar. Eine wichtige Veranstaltung – für mich sind da Fenster aufgegangen!“

– Martin Scharpenberg, Vorstand LSVD Köln



Die Veranstaltung fand statt mit freundlicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen.

### Hinweis

Die Veröffentlichungen in dieser Dokumentation stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die jeweiligen Autor\*innen die Verantwortung.

### Erstellung der Dokumentation

Redaktion: René Mertens, Jürgen Rausch, Markus Ulrich

Grafiken: Marie Hübner, Frankfurt a. M., [www.graphictelling.org](http://www.graphictelling.org)

Gesamtgestaltung: Helga Braun, Hamburg [www.comedia-hamburg.de](http://www.comedia-hamburg.de)

### Impressum

V.i.S.d.P.: Familien- und Sozialverein des LSVD e.V., vertreten durch Klaus Jetz

Postfach 10 34 14, 50474 Köln

[www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

# Alle Veranstaltungen im Rahmen des LSVD-Projekts „Miteinander stärken“

2017

- 20.10.2017:  
Vernetzungstreffen Leipzig
- 09.12.2017:  
Vernetzungstreffen Mannheim

2018

- 20.01.2018:  
Vernetzungstreffen Dortmund
- 17.02.2018:  
Regenbogenparlament Berlin
- 03.03.2018:  
Vernetzungstreffen Magdeburg
- 22.09.2018:  
Regenbogenparlament Köln
- 10.10.2018:  
Regionale Konferenz Leipzig
- 08.11.2018:  
Regionale Konferenz München

2019

- 14.02.2019:  
Regionale Konferenz Düsseldorf
- 02.04.2019:  
Regionale Konferenz Magdeburg
- 07.09.2019:  
Regenbogenparlament Hamburg

## Kontakt zum LSVD-Projekt „Miteinander stärken“

**In Köln:** Jürgen Rausch  
Hülchrather Str. 4, 50670 Köln  
Telefon: 0221 - 92 59 61 13  
Fax: 0221 - 92 59 61 11  
E-Mail: [juergen.rausch@lsvd.de](mailto:juergen.rausch@lsvd.de)

**In Berlin:** René Mertens  
Almstadtstr. 7, 10119 Berlin  
Telefon: 030 - 78 95 47 63  
E-Mail: [rene.mertens@lsvd.de](mailto:rene.mertens@lsvd.de)

Website des Projekts [www.miteinander-staerken.de](http://www.miteinander-staerken.de)

